

Kuch Fischer wurde nach Deutschland abgeschoben, gleichzeitig mit dem Kommunisten Heinz Reumann.

Die Fraktionen des Reichstages.

Das erste Mitgliederverzeichnis des neuen Reichstages bringt die endgültige Feststellung der Stärke der einzelnen Fraktionen. Danach verteilen sich die 499 Mitglieder des Reichstages wie folgt: Sozialdemokraten 191 Mitglieder, Deutschnationale Volkspartei 111 Mitglieder, Zentrum 69 Mitglieder, Deutsche Volkspartei 51 Mitglieder, Kommunisten 45 Mitglieder, Demokraten 32 Mitglieder, Wirtschaftliche Vereinigung einschließlich Bayerischer Bauernbund und Deutschhannoveraner 21 Mitglieder, Bayerische Volkspartei 19 und Nationalsozialistische Freiheitspartei 14 Mitglieder, die keiner Fraktion angehören, gibt es in diesem Reichstag nicht.

Die schwierige Regierungsbildung.

Bon Kries und Reuhaus lehnen ab. Berlin, 5. Januar. Die deutschnationalen Abgeordneten v. Kries und Reuhaus haben verabredungsgemäß dem designierten Reichskanzler Dr. Marx ihre Antwort heute nachmittag übergeben und ihn wissen lassen, daß sie nicht in der Lage seien, seinem Wunsch auf Eintritt in ein überparteiliches Kabinett Folge zu leisten. Eine nähere Begründung ihrer ablehnenden Haltung gaben sie nicht, sie verwiesen vielmehr auf die allgemeine politische Lage.

Berlin, 6. Jan. Wie zur Regierungsbildung gemeldet wird, werden nach Ablehnung des deutschnationalen Landtagsabgeordneten v. Kries und des Ministerialdirektors Reuhaus die Verhandlungen vom Reichskanzler fortgeführt. Es besteht kein Grund, sie für aussichtslos zu halten. Von den Vätern wird nochmals die enge Verbindung der Regierungsbildung im Reich mit der in Preußen hervorgehoben. Besondere Bedeutung wird der letzten Entscheidung der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums beigegeben, daß die Partei auch ohne weitere Beteiligung der Deutschen Volkspartei in der Koalition bleiben werde. Eine solche Regierung würde zwar ein positives Vertrauensvotum nicht erzielen können, jedoch würde es im Landtag auch keine Mehrheit für ein Misstrauensvotum geben.

Neuer Sprengversuch der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei im preussischen Landtage hat dem preussischen Ministerpräsidenten Braun durch die Abgeordneten v. Campe, Leidig und v. Egnern mitgeteilt, daß die Fraktion die Auffassung vertritt, die Regierung habe bei einer Neuwahl des Landtages zurückzutreten. Ministerpräsident Braun hat aber die Demission des Gesamtabministers abgelehnt mit der Begründung, daß der Ausfall der Wahl in Preußen dem Kabinett keine Veranlassung zum Rücktritt gebe. Darauf hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschlossen, daß falls die Regierung nicht zurücktritt, die völksparteilichen Mitglieder Böhl (Kultur) und v. Richter (Finanzen) aus der Regierung austreten sollen.

Der Ministerpräsident hat nun die Fraktionsführer zu einer Besprechung über die durch diesen Beschluß herbeigeführte Lage eingeladen.

Für die Erhaltung der Preußenkoalition.

Die preussische Landtagsfraktion der Demokratischen Partei teilt mit: „Die Aussprache über die politische Lage ergab volle Einmütigkeit darüber, daß zu einer Erschlüchterung der sich in jahrelanger Arbeit bewährten großen Koalition durch eine Regierungskrise keinerlei Anlaß vorliegt, nachdem die Landtagswahlen eine starke Mehrheit für die Koalition ergeben haben.“

Die preussischen Landtagswahlen ungültig?

Wie die Blätter melden, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die preussischen Landtagswahlen für ungültig erklärt werden. Es hat sich bei der gemeinsamen Reichstags- und Landtagswahl herausgestellt, daß verschiedene Wähler, welche zum Reichstag wählen konnten, für den preussischen Landtag aber aus dem Grunde das Wahlrecht nicht hatten, weil sie nicht einmal 6 Monate in Preußen anässig waren, dennoch gewählt haben.

In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Ist eine Stodung eingetreten, die erste Folgen nach sich ziehen kann. Daß der endgültige Handelsvertrag noch bis zum 10. Januar, dem Termin, bis zu dem die handelspolitische Forderung Deutschlands durch den Versailler Friedensvertrag dauert, zustande gebracht wird, ist vollständig ausgeschlossen. Es erscheint aber auch sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, bis zu dem genannten Termin sich auch nur über ein Provisorium zu verständigen; denn der Entwurf eines solchen vorläufigen Handelsvertrages, wie er von den französischen Unterhändlern den Deutschen überreicht worden ist, kann bei seinem außerordentlich hohen, so gut wie prohibitiv wirkenden Sätzen kaum als geeignete Grundlage für Verhandlungen angesehen werden. Da erhebt sich denn die Frage: Was dann? Es könnte in Betracht kommen, gegenüber Frankreich und ebenso allen anderen Staaten, mit denen Handelsverträge noch nicht vereinbart sind, den autonomen deutschen Zolltarif mit seinen Maximalsätzen in Kraft zu setzen. Aber von sachverständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß selbst die Sätze des autonomen deutschen Tarifs im Vergleich mit den Hochsätzen der anderen Staaten nicht ausreißend seien, sondern unter diesen Umständen eine Erhöhung erfahren müßten. Dazu aber bedarf es einer gesetzgeberischen Aktion des Reichstages. Diese aber kann nur von einer Regierung herbeigeführt werden, die nicht vorläufig die Geschäfte führt, sondern bestimmten Charakter trägt. So ergibt sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die Notwendigkeit, daß die Regierungskrise unverzüglich und jedenfalls noch vor dem 10. Januar beendet wird.

Das Verhandlungsprogramm der Finanzministerkonferenz.

Paris, 5. Jan. Die Blätter enthalten zahlreiche Hinweise auf die Finanzministerkonferenz. Das offizielle Verhandlungsprogramm enthält nachstehende drei Punkte: 1. Verteilung der Ruhrgewinne, 2. Verteilung der ersten Leistungen aus dem Sachverständigenbericht, 3. Berechnung der amerikanischen Forderungen. — Die Pariser Presse wendet naturgemäß dem ersten Verhandlungsgegenstand größte Aufmerksamkeit zu. Die gesamten Ruhreinnahmen betragen nach einer offiziellen französischen Mitteilung 1185 900 000 Franken, die direkten Ausgaben für militärische und wirtschaftliche Versorgung, Micum usw., beliefen sich auf 183 600 000 Fr. (die militärischen umfassen 114 Millionen, Unkosten für Einrichtung der Micum 50 Millionen). „Echo de Paris“ erwartet ernste Schwierigkeiten mit den englischen Vertretern. England bestreitet der französischen Regierung das Recht, von den Bruttoeinnahmen die Besatzungskosten abzuziehen, soweit sie den Wert der deutschen Sachlieferungen und Naturalforderungen überschreiten, aus denen nach einem Abkommen vom März 1922 die mit dem Unterhalt der Besatzungsarmee zusammenhängenden Unkosten bestritten werden müßten. Sollte der englische Standpunkt anerkannt werden, so meint das Blatt, so würden nahezu 200 Millionen Fr. von Belgien erhoben und Frankreich sei in die Notwendigkeit versetzt, Schuldverpflichtungen gegenüber Belgien einzugehen. Andererseits vertritt das englische Schatzamt die Auffassung, daß die deutschen Sachlieferungen zu niedrig angesetzt seien. Eine weitere Schwierigkeit ist die Frage, inwiefern Belgien nach Befriedigung seiner Prioritätsrechte an der Verteilung der ersten deutschen Jahresleistung teilnehme. Eine andere Streitfrage sei es, ob der Dawesplan eine Herabsetzung der Zahlungen vom Londoner Abkommen vom Mai 1921 nach sich ziehen werde. „Echo de Paris“ teilt ferner mit, daß nahezu 1/4 von der ersten deutschen Jahresleistung auf die reinen Besatzungskosten in Höhe von 280 Millionen Goldmark angerechnet werden müßten.

Die Instruktionen der englischen Vertreter für die Finanzministerkonferenz in Paris.

Paris, 5. Januar. „New York Herald“ ist in der Lage die Instruktionen der englischen Vertreter für die interalliierte Finanzministerkonferenz wie folgt zusammenzufassen: 1. Die Ruhrgewinne gehören sämtlichen Verbündeten, weil Frankreich erklärt hat, im Namen sämtlicher Gläubiger vorgegangen zu sein. 2. Großbritannien erhebt nach dem Abkommen von Spaa Anspruch auf 20 Prozent der Ruhrgewinne und überläßt 52 Prozent der französischen Regierung. 3. Die von den Vereinigten Staaten geforderten Beträge sind wesentlich herabzusetzen und dürfen auf keinen Fall 1 Prozent der im Laufe eines Jahres geschätzten Reparationen übersteigen. Ferner müssen die Zahlungen an Amerika auf eine lange Reihe von Jahren verteilt werden.

Wilde Phantasien über Deutschland in der amerikanischen Presse.

New York, 5. Jan. Der „New York American“ schreibt über die monarchistische Bewegung in Deutschland u. a.: „Die Bemühungen, die Monarchie wieder herzustellen, sind ein interessantes Experiment, bei dem aber wahrscheinlich nichts herauskommen wird. Sie sind ein Versuch, die Uhr des Fortschrittes zurückzustellen. Die Zeiten des Königtums sind für immer vorbei, seitdem das Volk einmal die Demokratie gekostet hat.“ Der Leitartikel des „New York American“ ist zurückzuführen auf wilde Gerüchte, die in letzter Zeit von gewissen Korrespondenten in Deutschland über einen angeblich veranfaßten Versuch, die Monarchie wieder herzustellen, in Amerika verbreitet worden sind. In Verbindung mit diesen Gerüchten ist die Tatsache zu bringen, daß die Bestrebungen der Rechtsparteien während und nach den Wahlen, als lediglich auf die Wiederherstellung der Monarchie gerichtet, dargestellt wurden und so sah sich der „New York American“ veranlaßt, zu dieser angeblichen Bewegung Stellung zu nehmen.

Kommunistenverfolgung in Norwegen.

„Paris Midi“ erfährt aus Oslo (Christiania), daß die norwegische Regierung umfangreiche Maßnahmen zur Verhinderung eines kommunistischen Aufstandes getroffen hat. Die Führer der kommunistischen Partei sind wegen Staatsverbrechens vor ein Ausnahmegericht gestellt worden.

Die Gefahr im fernen Osten.

London, 5. Jan. Ein hoher Beamter, der eben aus Kanton in London eintraf, erklärte einem Mitarbeiter des „Daily Express“, daß die Großmächte in wenigen Monaten von einer schweren Gefahr im äußersten Orient bedroht sein würden. Infolge der Lässigkeit des Sowjetgesandten in Peking Karagan und seiner Armee von Propagandisten sowie wegen der Wanderschaft politischer Führer Japans müsse man mit der Schaffung einer neuen riesigen orientalischen Allianz rechnen. Die letzten Ereignisse in China müssen schwere Beunruhigung hervorrufen. Die Umwandlung der ausländischen Politik Chinas unter den verschiedenen Regierungen beweise, daß eine Bewegung vorhanden sei, die den Abschluß einer großen politischen Allianz bezweckt, die auch wirtschaftlichen und militärischen Charakter haben soll, und die gegen das Abendland gerichtet ist. In den nächsten 12 Monaten werde China der Schauplatz einer Reihe politischer Zwischenfälle werden, die seit mehreren Monaten vorbereitet würden, und die den Zweck haben, einen Konflikt mit den ausländischen Mächten herbeizuführen. Die zweite Gefahr sei das Interesse, das Rußland an China nehme.

Gegen die Auslassungen des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage. Berlin, 5. Januar. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe der Vereinigung deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er scharfsten Protest gegen die fortgesetzten Auslassungen des Reichsarbeitsministers in der Frage der Arbeitszeit u. a. in der Berliner Zeitung „Der Deutsche“ veröffentlichte. Das Verhalten des Ministers, so wird weiter gesagt, fordere die Veruche der Gewerkschaften heraus, Unruhen in den zur Zeit ruhig arbeitenden Betrieben herbeizuführen.

Entwurf zum Aufwertungsgezet.

Berlin, 5. Januar. Wie der Hypothekengläubiger-Schutzverband für das Deutsche Reich (Sparerbund) erfährt, ist eine aus Delegierten des Reichsfinanz- und Reichsjustizministeriums sowie aus Mitgliedern des Kammergerichts bestehende Kommission seitens der Regierung damit beauftragt worden, einen Entwurf für das neue Aufwertungsgezet auszuarbeiten, der bis zum 15. Februar fertiggestellt sein soll.

Salandra hat seinen Posten beim Völkerbund niedergelegt. Berlin, 5. Januar. Wie aus Rom gemeldet wird, hat Salandra seinen Posten als Vertreter Italiens beim Völkerbund niedergelegt.

Melilla von den Spaniern zurückerobert.

London, 5. Januar. Aus Madrid wird gemeldet: Melilla wurde von den Spaniern nach erbitterten Kämpfen besetzt, wo sich die Mauren in wohlbesetzten Stellungen eingekerkert hatten. Drei Punkte wurden besetzt um den Besitz der Stadt sicherzustellen.

Aus Stadt und Land.

Aue, 6. Januar 1925.

Das mildeste Wetter seit 100 Jahren.

Der diesjährige Winter ist der mildeste, der im Norden Europas seit 100 Jahren beobachtet worden ist. Nicht nur in Schweden, wo am Weihnachtshelligabend 10 bis 13 Grad Wärme herrschte (die gleiche Temperatur wie in Sizilien!), sondern auch in Norwegen ist die Bitterung derart außergewöhnlich mild, daß die Landleute mit der Herbstbestellung ihrer Felder fortfahren können. Flüsse und Seen sind vollkommen eisfrei, so daß der Fischfang ungehindert vor sich gehen kann. Schneefälle sind fast nirgends eingetreten. Für den Norden Schwedens und den waldreichen Westen Norwegens bedeutet der milde Winter indes keineswegs eine erfreuliche Erscheinung, da infolge der aufgeweichten Wege keine Möglichkeit besteht, mit dem Abfahren der Holzschläge zu beginnen und infolgedessen bereits Tausende von Holzarbeitern brotlos geworden sind, weil die großen Sägewerke das weitere Schließen einstellen lassen, bis die aufgestapelten Vorräte wenigstens zum großen Teile abgefahren werden können.

Der Geschäftsverkehr bei der Girokasse in Aue gestaltete sich im Dezember 1924 wie folgt:

Table with 4 columns: Eingänge Buch., Ausgänge Buch., Gef.-Uml. Buch., and Post. Rows include Geld, Bankverkehr, Giroverf., and Verkebrinnerh. Aue.

Gegenüber November ergibt sich ein Mehrumsatz von 775 047 Mark.

Prägung von Goldmünzen. Nach Paragraph 2 des neuen Münzgesetzes vom 30. August 1924 sollen als Goldmünzen Stücke über 20 und 10 Reichsmark ausgeprägt werden, und zwar aus 1 Kilogramm 130 1/2 Stücke über 20 oder 276 Stücke über 10 Reichsmark. Das Münzungsverhältnis soll 900 Teile Gold und 100 Teile Kupfer betragen. Gewicht und Münzungsverhältnis entspricht genau demjenigen der alten Goldmünzen. Bis jetzt sind, wie verlautet, noch keine Stücke ausgeprägt worden, über die Gestalt der Münzen, die nach dem Münzgesetz vom Reichsminister der Finanzen bestimmt wird, sind bereits Verhandlungen, aber selbst hierüber sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Die früheren Goldmünzen können natürlich schon jetzt in Verkehr gesetzt werden, und das neue Münzgesetz jagt (Paragraph 4) ausdrücklich, daß bis auf weiteres auch die auf Grund der betreffenden Gesetze vom 4. Dezember 1871, 9. Juli 1873 und 1. Juni 1909 ausgeprägten Goldmünzen als Reichsgoldmünzen gelten sollen. Es wird zweifellos noch recht geraume Zeit vergehen, bis an eine Ausprägung neuer Goldmünzen herangegangen werden kann. Die frühere Berliner Meinung, daß die Reichsbank in letzter Zeit aus alten Goldbeständen 20-Markstücke in Umlauf gesetzt hat, entbehrt der Begründung.

Schneeberg. Wahl des Stadtverordnetenpräsidiiums. — Verletzung. Die in der ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten vollzogene Wahl des Vorsitzers derselben brachte eine große Ueberraschung. Bisher hatten sich Sozialdemokraten und Kommunisten vereinigt, um die Bürgerlichen bei der Besetzung der Vorstandämter gänzlich auszuschließen. Diesmal erklärten die ersteren sich an den Vorstandswahlen nicht zu beteiligen und gaben unbeschriebene Stimmzettel ab, obwohl ihnen von den Bürgerlichen die Stelle des ersten Stellvertreters angeboten worden war. Da nunmehr die Kommunisten wegen des letzten Krach mit ihren Freunden allein standen, blieben sie in der Minderheit und es wurden nur Bürgerliche in das Präsidium gewählt und zwar Bankbeamter Schubert zum Vorsitzenden, Rechnungsvorsteher Unger zum ersten und Justizoberwachmeister Richter zum zweiten Stellvertreter derselben, die Kaufleute Schabel und Guntter als Schriftführer. — Amtsgerichtsrat Dr. Hartmann hier ist an das Oberlandesgericht nach Dresden berufen worden.

Schwarzberg. Der Kraftwagenbetrieb auf der Ueberlandlinie Schwarzberg—Annaberg hat wegen technischer Schwierigkeit eingestellt werden müssen. Die Wiederaufnahme des Betriebes wird voraussichtlich am 1. April d. J. erfolgen.

Aue. Die Stadtverordneten wählten das leitende Präsidium einstimmig wieder, und zwar Rechtsanwalt Dr. Weigel (Bürgerl.) als 1., Vestner (Soz.) als 2. und Studentrat Dr. Reh (Bürgerl.) als 3. Vorsitzenden.